

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Mai und Juni für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 67 Pfg., für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 Mk. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

C. H. Berlin, 21. April.

Preussischer Landtag.

Abgeordneten-Haus.

45. Sitzung vom 21. April.
Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Ministertische: von Scholz, von Götzer und mehrere Kommissare.

Tagesordnung: Fortsetzung der dritten Beratung des Staats (Kultusgesetz).

Die Beratung beginnt bei dem Berichte der 14. Kommission über den an dieselbe gemachten Bericht der Rechnungs-Kommission bezüglich des Vermerks zu Titel 120, Kap. 2-4 des Kultusgesetzes.

Diese Titel betreffen die Zuschüsse zu den vom Staate und Andern gemeinschaftlich zu unterhaltenden und vom Staate zu unterhaltenden höheren Lehranstalten. Die Rechnungs-Kommission habe in Uebereinstimmung mit der Ober-Rechnungskammer den Vermerk dahin gefügt, daß die nach einer sechsmonatigen Bewilligungs-Periode erzielten Ersparnisse für diesen Anfall an die Staatskassen zurückzuführen seien.

Die 14. Kommission, deren Berichterstatter Abg. Franke (nat.-lib.) ist, beantragt die Ablehnung des vom Hause in zweiter Lesung beschlossenen Auftrages: „Bei Ablauf der Bewilligungs-Periode vorhandene Ersparnisse verbleiben den Anstalten.“ Dagegen hat die 14. Kommission folgende Vermerke in Antrag gebracht: Zu Titel 2. „Zuschüsse für die vom Staate zu unterhaltenden Anstalten.“: Die einzelnen Zuschüsse können während der Dauer der Bewilligungs-Periode, ohne Rücksicht auf den jedesmaligen Jahresbedarf, voll an die Anstalten gezahlt werden, die daraus erzielten Ersparnisse sind jedoch nach Ablauf der Bewilligungs-Periode in die allgemeinen Staatskassen zurückzuführen.“

Zu Titel 3 und 4. „Zuschüsse für die vom Staate und Andern gemeinschaftlich zu unterhaltenden Anstalten und für die vom Staate zu unterhaltenden Anstalten.“: Die einzelnen Zuschüsse können in. Bei Ablauf der Bewilligungs-Periode vorhandene Ersparnisse aus den Bedürfnis-Zuschüssen verbleiben den Anstalten, sind jedoch für die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben der Anstalten an erster Stelle zu verwenden.“

Einen gleichen Vermerk beantragt die Kommission bezüglich des Kap. 121, Tit. 1. „Bewilligungen und Zuschüsse für Geistliche und Kirchen.“ Finanzminister v. Scholz: Die Kommission hat ihren Standpunkt bei dieser Sache lediglich von finanziellen Rücksichten aus genommen, die Finanzverwaltung muß sich indessen für die Aufrechterhaltung der Bewilligung zweiter Lesung erklären. Diese Bewilligung sind aus finanzieller Rücksicht entfallen. Die Kommission geht davon aus, daß es sich bei diesen Bewilligungen um ein Abweichen von einer anerkannten allgemeinen Regel handelt. Das ist ein Verstoß, aus dem sich alle anderen Richter der Kommission erklären. Wenn der Staat eine Summe Geld ausgiebt zu einem bestimmten Zweck, so kommt es darauf an, innerhalb welcher Wirtschaft die Verwendung der Summe geschieht. Soll die Verwendung innerhalb einer Staatswirtschaft erfolgen, so dürfte die Zurückführung der Ersparnisse an die Staatskassen das Richtige sein, soll die Verwendung aber in einer fremden Wirtschaft geschehen, so kann diese Zurückführung nicht als eine fiskalische Station behandelt und diese durch den Staat in ihrer Wirksamkeit beschränkt werden. Die Schulen und Lehranstalten haben die äußeren Rechte von Korporationen und von diesem Standpunkte aus ist es prinzipiell richtig, daß wir uns nicht in die Wirtschaft dieser Anstalten mischen. Es handelt sich also nicht um eine Abweichung von einer allgemein anerkannten Regel, es ist vielmehr auch wirtschaftlich richtig und nützlich, die Ersparnisse den Anstalten zu belassen. Die selbstständige Vermögensverwaltung muß nach allen Seiten hin anerkannt werden, weil durch staatlichen Eingriff in dieselbe auch private Investitionen für solche Anstalten zurückgehalten würden. Es ist auch nicht zulässig, einen Unterschied zu machen, ob die Anstalten unter dem Protektorate des Staates stehen, oder nicht; ich bitte Sie, nicht zu vergessen, daß es sich hier um selbstständige Anstalten handelt, in deren Vermögensverwaltung einzugreifen wir uns hüten sollten.

Abg. Brömel (dfr.): Die Erklärungen des Herrn Finanzministers werden meiner Ansicht nach die Bewilligung des Hauses über die vorliegende Frage sehr erschweren, denn derselbe hat hier Argumente vorgebracht, die völlig neu sind und von den Argumenten der Regierungsvorleiter in der Kommission völlig abweichend. Das ist bei der Schwierigkeit der Materie höchst bedauerlich. Die Kommission hat einen Unterbescheid gemacht. In Uebereinstimmung mit der Ober-Rechnungskammer halten wir es für einen Fundamentalfalsch unserer Finanzverwaltung, daß aus den Bedürfnis-Zuschüssen des Staates an einer Stelle Kapitalanweisungen stattfinden dürfen und die Kommission hat diesen Standpunkt in einer vollkommen klaren Weise durch ihre Anträge zum Ausdruck gebracht. Sie hat sich bei ihren Anträgen auch auf den praktischen Standpunkt gestellt. Durch den vom Hause beschlossenen Vermerk würde die Sparbarkeit am unwichtigen Orte gefördert und der Landtag hat keine Möglichkeit der Kontrolle über die erparierten Gelder.

Abg. v. Huene (Zentr.) beantragt, in dem Kommissionsantrage: „Die einzelnen Zuschüsse können“, zu setzen: „Die einzelnen Zuschüsse sind.“

Abg. Dr. Sattler (natl.) erklärt sich für die Anträge der Kommission, welche ein Kommissionsamt sind für die verschiedenen Anstalten und namentlich zwischen den Anstalten des Hauses und der Ober-Rechnungskammer. Er sieht auf dem von der Ober-Rechnungskammer vertretenen Standpunkte und werde für die Anträge der Kommission stimmen, weil dieselben allen berechtigten Anschauungen Rechnung tragen. Durch die Ueberlassung der Ersparnisse bei den Staatsanstalten würden Kapitalien angesammelt, deren Ansammlung den früheren Beschläüssen des Abgeordnetenhauses widerspreche und die Kontrolle völlig unmöglich mache. Die Beschläüsse der zweiten Lesung seien nur provisorisch gefaßt worden, um die Beschlußfassung für die dritte Lesung gehörig vorbereiten zu können.

Abg. Dr. Enneccerus (natl.) empfiehlt im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen Sattler die Beibehaltung der Beschläüsse zweiter Lesung. Den hier in Rede stehenden Zuschüssen sei der Charakter der Bedürfnis-Zuschüsse entzogen, weil die Bedürfnisfrage nur erst wieder nach sechs Jahren an das Haus herantritt. Auch für die Gymnasien sei, wenn auch ein beschränktes Recht der Selbstverwaltung zu wünschen und darum sei ihnen vom Staate der Charakter der Korporation verliehen. Die von der Kommission vorgeschlagene ungleiche Behandlung der verschiedenen Anstalten sei geradezu unerträglich.

Abg. Dr. Brühl erklärt sich gegen eine von der Kommission vorgeschlagene Resolution, durch welche die Regierung aufgefordert werden soll, auf thunlichste Abkürzung der Bewilligungs-Perioden Bedacht zu nehmen.

Abg. von Rauchaup (konf.) erklärt namens seiner Freunde, daß dieselben für die Anträge der 14. Kommission stimmen würden.

Abg. v. Huene (Zentr.): Die Kommission sei befreit gewesen, eine Verständigung herbeizuführen und bedauere es deshalb die schroffe Stellung, welche der Finanzminister diesen Anträgen gegenüber eingenommen habe.

Geh. Rath. Geymar erwirbt, daß der Finanzminister (der inzwischen das Haus verlassen hat) nicht schroff aufgetreten sei, vielmehr nur seine Anschauung offen dargelegt habe. Die Finanzverwaltung werde nach Annahme der Kommissions-Anträge zu erwägen haben, in welcher Weise sie den Nachtheilen, die diese Anträge mit sich führen würden, entgegen treten könne. Den Antrag des Abg. v. Huene bitte er abzulehnen, da hierdurch jede Mitwirkung des Herrenhauses bei der Feststellung dieser Titel ausgeschlossen sei.

Abg. Richter (dfr.) theilt das Bedauern über das schroffe Auftreten des Finanzministers. Das Haus habe das Recht, solche Vermerke in den Etat aufzunehmen und den Rechten des Herrenhauses werde dadurch nicht im Geringsten zu nahe getreten, denn das Abgeordnetenhaus habe gegenüber dem Herrenhaus in Bezug auf den Etat eine verfassungsmäßig bevorzugte Stellung. Er stimme in erster Linie für die Anträge der Rechnungs-Kommission, weil das Haus die Pflicht habe, die Ober-Rechnungs-Kommission in deren Anschauungen zu unterstützen. Bei der Abstimmung werden die Anträge der 14. Kommission mit dem Antrage v. Huene angenommen, ebenso auch die vom Abg. Brühl befohlene Resolution.

Ein Antrag des Abg. v. Strombeck (Zentr.), welcher durch eine Aenderung des Vermerks im Etat die Alterszulagen auch den Disziplinarstrafen zuwenden will, wird vom Kultusminister v. Götzer bekämpft und vom Antragsteller, „wenn auch nur mäßig“, in Folge dessen zurückgezogen.

Der Kultusset ist damit erledigt und mit der darauf erfolgten Annahme des Staatsgesetzes zugleich die Etatberatung beendet.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Erweiterung und Vervollständigung des Staats-Eigenthums.

Die Budgetkommission empfiehlt die unveränderte Annahme der Vorlage.

Abg. Graf Strachwitz (Zentr.) bemängelt die Uebersetzung für die vorgeschlagene Linie „Substanz-Verkauf“ und empfiehlt dem Minister, eine zu dieser Bahn eingegangene Petition der Vertreter der Stadt Guttentag in nochmalige Erwägung zu nehmen.

Der Regierungsk. Kommissar Geh. Rath. Müller erklärt, daß eine nochmalige Erwägung der Petition zu keinem andern Resultat führen würde, da mit der beantragten Veränderung der Linie ganz erhebliche Mehrkosten verbunden sein würden.

Die Linie wird bewilligt, die Petition für erledigt erklärt.

Zu der Linie „Striegau-Malsch“ ist eine Petition des Magistrats und der Stadtverordneten-Verammlung in Neumarkt eingegangen, welche von der Budgetkommission durch die erfolgte Genehmigung dieser Linie für erledigt erklärt worden ist.

Abg. v. Huene (Zentr.) befragt die Petition und beantragt, dieselbe der Staatsregierung zur nochmaligen Erwägung zu überweisen, indem er anführt, daß es sich hierbei um ganz vitale Interessen der Stadt Neumarkt handle, die durch Beibehaltung der vorgeschlagenen Linie wesentlich geschädigt würden.

Geh. Rath Müller bedauert, daß es nicht möglich gewesen sei, die Stadt Neumarkt unmittelbar an diese Linie anzuschließen, ohne die sonstigen Zwecke, welche mit dieser Linie verbunden seien, zu verletzen. Gleichwohl sei die Regierung bereit, die Petition noch einmal in Erwägung zu nehmen und zu prüfen, ob sich eine Ueberführung der Bahn an die Stadt Neumarkt mit diesen Zwecken vereinigen lasse.

Abg. v. Richter (konf.) empfiehlt im Interesse der dortigen Industrie die Genehmigung der vorgeschlagenen Linie. Es handle sich darum, die schließlichen Produkte in direkte und kürzeste Verbindung mit der Ober zu bringen, was durch Berücksichtigung der Petition verhindert werde.

Abg. Brömel (dfr.) empfiehlt den Antrag von Huene.

Abg. Dr. Ritter (freif.) erklärt sich dagegen, weil er es nicht für gerechtfertigt erachtet, die Bahn der Stadt Neumarkt wegen ungünstiger Lage zu legen.

Abg. Ketschke (natl.) bittet um Ablehnung des Antrages von Huene, weil die Folge der Annahme desselben die sein würde, daß die Bahn, in Betreff deren seit zwanzig Jahren verhandelt werde, wieder ad calendas Graecas verschoben werde.

Abg. Graf Limburg-Stirum (konf.) erklärt sich selbst als Vertreter der Stadt Neumarkt gegen den Antrag von Huene, glaubt aber, daß allen Wünschen Rechnung getragen würde, wenn man sich entschliesse, ein Anschlußgleis nach Neumarkt zu bauen.

Abg. v. Huene: Dies sei durch seinen Antrag gar nicht ausgeschlossen.

Der Antrag v. Huene wird abgelehnt, die Linie bewilligt und die Petition durch diesen Beschluß für erledigt erklärt.

Bei der Linie Calfies-Wulkow und Arnswalde liegt ebenfalls eine Petition vor, welche die Kommission nach Genehmigung der Linie für erledigt erklärt hat.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (wisdob.) bittet, diese Bahn so nahe wie möglich nach Reetz zu legen und die entgegenstehende Agitation nicht zu berücksichtigen.

Die Linie wird nach dem Kommissionsantrage bewilligt.

Zu der Linie Swinemünde - Peringsdorf liegen mehrere Petitionen vor, welche die Erwägung eines besonderen Bahnhofs in Swinemünde erbitten.

Abg. Höpner (konf.) empfiehlt die Wünsche der Petenten dem Wohlwollen der Regierung.

Die Linie wird bewilligt.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung der Eisenbahnvorlagen. Außerdem verschiedene kleinere Vorlagen.

Deutschland.

Berlin, 21. April. Die vielfach ausgesprochene Ansicht, daß die Landtagsession vor dem Beginn der Reichstagsession ihr Ende erreichen würde, scheint von unzureichender Kenntnis der Aufgaben des Landtages zu zeugen. Abgesehen von der Etatsberatung im Herrenhaus hat sich ziemlich noch das ganze gesetzgebende Material der Erledigung. Die Gesetzentwürfe über die Rentengüter, die Unterhaltung der obersteiligen Klüsse, das Militärwesen der Volksschullehrer, die Ergänzung des schleswig-holsteinischen Wegerrechts, über das Notariatswesen etc. befinden sich zum Theil noch in weitem Felde. Ueberdies ist ja das gesetzgebende Forum mit den bisherigen Vorlagen noch garnicht abgeschlossen. Die Einbringung des Nachtrags Etats steht unmittelbar bevor. Derselbe dürfte die schwerwiegende Frage der Gehaltsaufbesserung enthalten, sich aber keineswegs auf diesen Punkt und die durch die Neubestimmung und Erweiterung des Reichs des Handelsministeriums bezüglichen Posten beschränken, sondern noch einigen anderen dauernden und außerordentlichen Mehrbedürfnissen Veranlassung zu verschaffen suchen; so dürfte er u. A. eine Forderung für die Kanalisierung der Fulda und eine, wenn auch nicht erhebliche Rate für Zwecke des Domänen enthalten. Es ist klar, daß, sobald hoffentlich auch in die Beratung dieses Nachtrags Etats wird eingetreten werden können, doch der Abschluß erst nach längerer Beratung zu erwarten ist. Endlich liegt gleichfalls in kürzester Frist die Gesetzesvorlage wegen Ausführung des § 9 des sogenannten Sprayergesetzes vom 22. April 1875 bevor. Diese Vorlage verfolgt wesentlich trennende Zwecke. Sie geht deshalb in dem entgegenkommen gegen Wünsche, innerhalb der katholischen Bevölkerung soweit, als es im Interesse der Friedenserhaltung nach den anderen hier in Betracht kommenden Richtungen angängig ist. Diefem leitenden Gesichtspunkte zu Liebe sollen selbst zweifelhafte Gesichtspunkte von Bedeutung zurückgestellt werden.

Insichtlich des Welfen Fonds wird den „Hamb. Nachr.“ aus Berlin gemeldet:

Es ist richtig, daß bereits seit vorigem Sommer Verhandlungen über eine Veränderung in dieser Angelegenheit in den beteiligten Kreisen schwanden, und zwar sollen sie zuerst von einem bekannten händelverehenden Magnaten, der seinen Frieden mit der preussischen Regierung gemacht hat, angeregt sein. Ueber die Teilung des Herrn von Wernitz, der den Vorsitz der Verwaltungskommission für das mit Beschlag belegte Vermögen Königs Georg führt — der eigentliche Leiter der Geschäfte ist der General-Lieutenant von Roke — ist aus seinem Antrage im Provinziallandtage und aus seinen Reden bekannt, daß derselbe sich die Aufhebung der Beschlagnahme ist. In ähnlichem Sinne hat sich auch der Abgeordnete der Stadt Hannover, Senator Dr. Mann, ausgesprochen, und man kann wohl annehmen, daß alle Hannoveraner eine Aufhebung der Beschlagnahme wünschen. Ganz so leicht — ganz abgesehen von den staatsrechtlichen Bedenken, die geltend gemacht worden sind — ist die Ausführung nun doch nicht, da zu dem königlichen Vermögen viel liegendes Besitzthum gehört, wir wollen nur an die wertvolle königliche Bibliothek, deren Besitzrecht zweifelhaft sein soll, und an die kostbare Cumberland-Galerie in Hannover erinnern.

Freiburg, 18. April. Heute Mittag erschien zu dem am 12. Ubr von Hamburg einreisenden Schnellzuge ganz unerwartet Fürst Bismarck, um bei der Abreise der Gräfin Wangen, welche sich über Berlin nach München zu ihrem Gemahl begibt, zugegen zu sein. Die Gräfin hatte schon gestern bestimmt abreisen wollen, unversehens in letzter Stunde eine Verzögerung eingetreten. Die Fürstin Bismarck war mit der Gräfin in einem geschlossenen Wagen auf dem Bahnhofe eingetroffen, und verweilte in demselben bis zur Ankunft des Zuges. Da mit dem Fürsten sich auch Graf Herbert nach dem Bahnhofe begeben hatte, so wurde den Passagieren des Schnellzuges die freudige Ueberraschung zu Theil, nicht allein den Fürsten, sondern die ganze hier z. Z. verweilende Familie Bismarck zu sehen. In allen Konversationen des ziemlich stark besetzten Zuges drängten sich die Passagiere und begrüßten den Fürsten auf das lebhafteste durch Händeschütteln und Winken mit Hächern. Der Fürst erwiderte die Grüße auf das freundlichste, nahm seinen Hut ab und winkte damit den Reisenden zu, grüßte dann seine Tochter nochmals durch Winken mit der Hand und wandte sich dann ab und fuhr mit dem Taschentuch an sein Auge. Der Fürst, die Fürstin und Graf Herbert blieben dann noch so lange stehen, bis der Zug bei der nächsten Biegung den Blicken entschwand. Dann geleitete der Fürst seine Gemahlin zum Wagen und ging mit dem Grafen Herbert zu Fuß nach dem Schlosse.

Heute Nachmittag ist Fürst Hohenhausen von Hamburg kommend hier eingetroffen, gestern Abend ist Graf Bourlons nach Berlin abgereist.

Strasburg, 18. April. Zum Besuch Sr. Majestät des Kaisers schreibt man der „Frankf. Ztg.“: Es steht ziemlich fest, daß der Kaiser am

23. oder 24. April auf einige Stunden hierher kommt. Ob vor oder nach der beabsichtigten Auerhahnjagd, wird noch nicht gesagt. Die Ankunft in Straßburg erfolgt in den Morgenstunden. Die Mittagstafel findet beim Statthalter Fürsten von Hohenlohe statt. Die beabsichtigte Auerhahnjagd soll in der Nähe von Dagsburg stattfinden. Fürst von Hohenlohe mit den Herren Unterstaatssekretären von Schraut und von Keller waren letzten Freitag auf Ort und Stelle, um sich persönlich zu überzeugen, daß für die Ankunft des Kaisers Alles bereit sei.

Frankreich.

Paris, 19. April. Die boulangistische Blätter sind während über die Meldungen mehrerer Blätter in Betreff der Verlegung der Boulangers im Augenblick des Schnäbel-Handels. Der in den Dienst der Boulangere übergegangene „Petit National“ verspricht nun seinerseits niederschmetternde Enthüllungen, die ganz zu Ehren Boulangers ausfallen sollen:

Wir werden erzählen, wie der General Boulanger für den ersten Schladtag eine Armee von 80,000 Mann in Bereitschaft hielt, um sie auf Elsaß-Lothringen zu werfen, und von deren Konzentrationen die Feinde keine Ahnung hatte. Wir werden erzählen, wie der General Boulanger im Kriegs-Ministerium eine vollständige Einrichtung getroffen hatte, daß der Kriegszustand, von dem man in Paris allen Operationen folgen sollte, schon bereit war, daß die zuverlässigen Männer, die ihn hüten sollten, schon auf ihren Posten, die Telegraphen schon errichtet waren, und in einer Stunde Alles im Gange gewesen wäre. Wir werden sagen, wie der General Boulanger Dekrete hatte ausgeben, von Herrn Godefroy unterzeichnet und im Kriegs-Ministerium drucken lassen, des Wohlfahrts-Ausschusses würdige Dekrete, welche dem ganzen Lande und Gewerbetreibenden Frankreichs Einhalt geboten, und alle rüstigen Kräfte der Nation auf den Feind warfen. Wir werden diese Dekrete im Wortlaut wiedergeben. Wir werden noch Anderes hinzufügen und wehe Götzen, die uns zum Rieden zwingen.“

Der „Figaro“ fährt fort, für Boulanger, den er einst durch Chindolle verheerlichen ließ, sehr grausam zu sein. Er hatte erzählt, Boulanger stiele aus dem Gaihof „Zum gelben Apfel“ nach einem Banquet über und daraus geschlossen, der General ergebe sich in einen längeren Aufenthalt auf der Insel der Verbannung. Darauf erhielt er aber den Befehl, sein Schloß wäre sehr thöricht: „Wenn Boulanger in die Villa Sainte-Vrelede ziehe, so geschähe dies, um dem Schiffe näher zu sein, das ihn bald nach Frankreich zurückbringen werde.“

„Der arme General“, spottet Francis Magnard, „glaubt es vielleicht. Die 32 Freunde, die von Zeit zu Zeit herüber kommen, um mit ihm zu plaudern, theilweise aber bei ihrer Rückkehr seine Präsidenten-Mantelien ziemlich scharf beurtheilen, verhehlen ihm die Tiefe seines Falles und den Schrecken seiner Verlassenheit. Man erzählt sich unter dem Kaiserreich die Geschichte eines Verbannten vom Dezember 1851, der sich nach seiner Ankunft in London beharrlich weigerte, seinen Ruff zu anzupacken. Er war überzeugt, „das“ könne nicht einen Monat bestehen, und schaffte nach seinem Bedürfnis Denker, Soden und Hemdkragen an. „Das“ wäre achtzehn Jahre; der Verbannte war gestorben, als das Kaiserreich fiel, aber seinen Korridor hatte er niemals angepackt. Die Abwesenden geben sich solchen Täuschungen hin. Vielleicht stellen sie sich nur so; denn man muß mit den Dingen sehr wenig vertraut sein, um zu glauben, die Ernennung von zwanzig oder dreißig Boulangisten könne einen Einfluß auf die allgemeine Politik üben.“

Der „Temps“ bringt nachstehende Note: „Es ist beinahe ausgemacht, daß der Minister des Innern den Mitgliedern der beiden Kammern bei dem Wiederzusammentritt ein Gelände, enthaltend die auf die Einberufung und die Arbeiten der Berliner Konferenz bezüglichen Dokumente, vertheilen lassen wird. Dieser Sammlung wird als Vorrede eine von der französischen Delegation auf dieser Konferenz verfaßter Gesamtbericht beigegeben werden.“

Von einem in Paris lebenden Freunde wird den „Hamb. Nachr.“ bezüglich des Verhältnisses der französischen Wehrkraft zur deutschen u. A. geschrieben:

„In Folge der durch den deutschen Kanzlerwechsel veranlaßten politisch-publizistischen Erregungen der letzten Zeit scheint in Deutschland gegenwärtig eine Frage etwas in den Hintergrund des öffentlichen Interesses gedrängt zu sein, bezüglich derer es jeder wahre und besorgte Freund unseres Volkes nur aufs tiefste beklagen könnte, wenn sie nicht bald und in völlig ausreichender Weise ihre Lösung fände. Sie betrifft das unzulängliche militärische Uebergewicht Frankreichs über Deutschland. Dieses ist ein doppelter. Dadurch, daß die Franzosen den ursprünglich schmerzhaften Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht bei sich praktisch angestallt und dahin durchgeführt haben, daß jeder militärdienstfähige Mann in irgend einer Form für den Heeresdienst thatsächlich eingeeilt wird, gewinnt Frankreich einen allmählich immer größeren Vorprung in numerischer Hinsicht, der sich bei dem schließlich doch unausbleiblichen Niedergange, je länger sich sein Ausbruch verzögert, als um so schwerer einholbar und ausgleichender erweisen muß. Winnen zehn Jahren dürfte es sich dabei um ein Mehr von nahezu einer Million eingeeilte Mannschaften handeln. Das andere Uebergewicht Frankreichs besteht in seinem großen Vorprung hinsichtlich der Artillerie. Dieses ist das allerschwerste. Schon der 1870er Krieg ist, wie schon Kaiser Napoleon bei seiner Unternehmung mit dem verstorbenen Kaiser Wilhelm nach der Kapitulation von Sedan sehr richtig erkannt hatte, wesentlich durch die damalige Ueberlegenheit der deutschen Artillerie über die französische gewonnen worden; das Jähnabgelgewehr war den Chajsposten einschließen nicht gewachsen. Seitdem aber hat sich in Folge der ungedachten und eminenten Vervollkommenung des Infanterie-gewehres die Wichtigkeit der Artillerie noch erheblich gesteigert. Es ist bei dem jetzigen Magazinfuhrer, das auf unglückliche Entfernung das Terrain mit einem wahren Bleimantel bedeckt, fast zur Unmöglichkeit geworden, ein gut gedecktes Bataillon Infanterie durch 4-6

Bataillone zu belagern, wenn diese in freiem Terrain vorgehen müssen. Es wird einfach allzu niedergebrosen. Die Flugbahn der Geschosse ist eine außerordentlich rasante und die Perkussionskraft eine solche, daß ein Projektil unter Umständen 3-4 Mann außer Kampf stellt. Die erhöhte Aufgabe, die dieser Umgestaltung gegenüber der Artillerie erwächst, liegt auf der Hand. Ohne ihr jederzeit mögliches erfolgreiches Eingreifen ist überhaupt eine Position kaum noch möglich, die allennothwendigsten Verlasten zu nehmen. Wenn uns die Franzosen nicht nur um über 100 Batterien überlegen sind, sondern außerdem auch noch hinsichtlich der Besetzung der Stellen in den Feldbatterien durch gelübte Berufsoffiziere und durch Verfügung über größere artilleristische Reserven, so liegt unter den geschätzten Umständen darin gewiß die allerbekannteste Mahnung an Deutschland, so schnell und so umfassend wie möglich nachzuholen, was seit mehreren Jahren in dieser Beziehung verkannt worden ist. Es rächt sich in unserer kriegsbereiten Zeit nichts so schwer, als wenn man dem Gegner in wichtigen militärischen Maßregeln einen allzu großen Vorprung läßt.“

Belgien.

Brüssel, 17. April. Die liberalen Blätter sind voll von wunderlichen Andeutungen im „Jolie Mier“. Zur Wiedergabe eignen sich solche Auspielungen keineswegs. Sicher ist, daß die Partei die zu erwartenden Enthüllungen Nieters bei den bevorstehenden Kammerwahlen verwerthen wird. Es muß ein Feldzugplan mit genau vorgestrichen Ziele bestehen, denn bereits mehrere Wochen vor seiner Brüsseler Reise stand Nieters mit einem besiegten Blatte in fast täglichem Fernsprecher-Verkehr von Paris aus. Und zwar mit einem viel verbreiteten liberalen Blatte, dessen Ausführungen über die Vorkommnisse der letzten Tage ausbeutet stand durch die gesamte Parteipresse geben, welche noch vor Kurzem kein sonderlich günstiges Urtheil über den „Merikalen“ Nieters zu fällen pflegte; dies allerdings abgesehen von persönlichen Bekanntschaften, welche Nieters schon als Journalist mit Vorliebe bei den Liberalen suchte. Sein langes Schweigen, sein scheinbar bloß dem Vergnügen gewidmetes Pariser Leben hatten ihm auch bei denjenigen geschadet, die nicht an seine Schuld glauben wollten. Merkwürdig ist ferner auch die Hege, welche die liberalen Blätter der schärferen Konari gegen Nieters eingelegt haben. Immerhin aber muß die Regierung bald mit Erklärungen hervortreten. Frère-Dubau, der heute bei der allgemeinen Beratung des Etats für die Gerichtsreform eine lange, morgen fortzufolgende Rede hielt, berührte in derselben den Fall Nieters, indem er die Ansicht aus sprach, die Regierung benehme sich so, als ob sie die Enthüllungen ihres früheren Mitarbeiters bestreite. Zu einer solchen Vermuthung giebt ihre ganze Haltung freilich Anlaß. Man denke, vorgefunden wurde ein Minister Rath gehalten, um zu bestimmen, ob der Minister des Innern Nieters foraminiren sollte oder nicht. Das Ergebnis der Unterredung des suspendirten Kunst-Inspektors mit seinem Vorgesetzten ist bekanntlich nicht zum Vortheil des letztern abgelaufen. Im Publikum wird das Staunen darüber, daß die Briefe des Herzogs von Urfel wirklich echt beschafft werden konnten, immer allgemeiner. Diejenige Stelle, auf welche der nunmehr als Foucault, genannt de Moudon, entlarvte Charles de Maurel sich stützte, um ein angebliches geheimes Bündnis des belgischen Hofes mit Deutschland zu verhehlen, ist der Rede nicht werth. Der Herzog, damals Gouverneur im Hennegau, meldete dem Ministerium, daß die belgischen Sozialisten „aus Deutschland“ Gelder bezogen haben sollten; was aus dieser Meldung gefolgert wurde, ist nun einmal in keiner Weise maßgebend, die Mittheilung dieser Meldung scheint aber einem echten Affektualentommen zu sein. Der Herzog von Urfel braucht sich dadurch noch nicht für kompromittirt zu halten, auch nicht Deutschland gegenüber. Es bleibt aber dabei, daß die ebenfalls vorgefällige Unterredung des Grafen Robert de Wismarck mit dem belgischen Gesandten Baron Greinbl über die innern Angelegenheiten Belgiens auf einer Fälschung beruht, da es sich nachweisen läßt, daß beide Herren zu der Zeit, wo die Unterredung stattgefunden haben soll, sich nicht sehen konnten. Die „Nouvelle Revue“ hatte angebeht: „einerseits unterstützt „Deutschland“ — damit war die Reichsregierung gemeint — die belgischen Sozialisten, andererseits erlöst sie in etwaigen Wirren den Anlaß zu einem militärischen Einmarsch in Belgien und von dort wohl nach Frankreich.“ Nun aber ist es bekannt Thatsache, daß die Sozialisten sich von einem Lande zum andern durch beträchtliche Geldspenden unterstützen, und ebenso weiß man heutigen Tage außer den Damen und Herren von der „Nouvelle Revue“ auch in Frankreich jede der öffentlichen Verhältnisse kundige Person, daß von deutscher Anregung kein Krieg zu erwarten ist, geschweige denn ein solcher auf wenig achtbaren Umwegen gesucht wird. Das Götze mußte bei den Veröffentlichungen der „Nouvelle Revue“ das Gefährliche durchdringen. Wer aber ist der Dieb, der Fälscher und wer war sein Helfer? Die Frage soll nun der Lösung entgegengehen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 22. April. Das Hamburger Hilfskomitee für deutsche Seemannsmissionen in auswärtigen Häfen erläßt soeben einen Aufruf, dem wir das Nachstehende entnehmen: „Die in englischen Häfen begonnene Arbeiten, welche unsere Seelenute vor Uebervorsorgung und schlechter Gesellschaft schützen und für ihr leibliches und geistliches Wohl durch bewährte Einrichtungen sorgen, werden immer mehr von den Matrosen unserer Handelsflotte dankbar anerkannt. Das Seemannshaus in Cardiff mit 20 Betten, das in South-Shields, für dessen Begründung vor einem Jahre der hohe Senat eine Beihilfe von 2000 Mark gewährt hat, sowie die an 4 Orten bestehenden Seemannshäuser, in denen die Seelenute ihre freie Zeit zubringen können, werden in einer alle Erwartungen befriedigenden Weise benutzt; gute Lektüre wird in Lesemann an Bord gegeben. Ein vortheilhaftes neues Anbathschuß für Seelenute findet weite Verbreitung, Abreiskarten für die deutsche Seemannsmissionen werden Jedem gegeben, der in See geht. Die für die Seemannsmissionen Angeordneten fahren fort, mit gutem Erfolg Besuche auf den Schiffen zu machen (auf 1300 Schiffen sind 4400 Besuche gemacht), und es gelingt ihnen in vielen Fällen, unerfahrene junge See-

... vor Verführung und Ausgung durch hagerige Logierwirth und ihre Helfer und Helferinnen zu schützen. ...

... die hiesigen Schmachergesellen ...

... Aus den Provinzen. ...

... Eisenberg i. P. ...

... Schiffsbewegung. ...

... Viehmarkt. ...

... Telegraphische Depeschen. ...

... Borsen-Berichte. ...

... Hamburg. ...

... Bremen. ...

... Gasse. ...

... Gasse a. S. ...

... Gasse. ...

... Gasse. ...

... Paris. ...

... Paris. ...

... Paris. ...

... Paris. ...

... Paris. ...

... Paris. ...

... Paris. ...

... Paris. ...

... Paris. ...

... Paris. ...

... Paris. ...

... Paris. ...

... Paris. ...

... Paris. ...

Table with 2 columns: Item, Price. Includes various goods and their market prices.

Table with 2 columns: Item, Price. Includes various goods and their market prices.

Table with 2 columns: Item, Price. Includes various goods and their market prices.

Table with 2 columns: Item, Price. Includes various goods and their market prices.

Table with 2 columns: Item, Price. Includes various goods and their market prices.

Table with 2 columns: Item, Price. Includes various goods and their market prices.

Table with 2 columns: Item, Price. Includes various goods and their market prices.

Table with 2 columns: Item, Price. Includes various goods and their market prices.

Table with 2 columns: Item, Price. Includes various goods and their market prices.

Table with 2 columns: Item, Price. Includes various goods and their market prices.

Täglich :
Leipziger Sängers
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Billets 0 40 Pf., nur an Wochentagen gültig.
 sind vorher in den Cigarrenhandlungen der Herren
Schumann, H. Domsir., und **A. Lost,** Pflicht-
 straße 93, zu haben.

Bellevue Theater.

Dienstag : In halben Preisen.
Papageno.

Mittwoch : Benefiz für **Betty L'Arronge**
O, diese Männer.